

# SPD

Verlag und Redaktion:  
Hannover, Georgstr. 33

# Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

91/II

Hannover, 10. November 1947

## Brückenbau ins Leere

=====

F.R. In der ersten Zeit nach dem Ende des Krieges hat vielleicht kein politisches Schlagwort grössere Anziehungskraft gehabt als das vom Brückenbau zwischen West und Ost. Das hatte seinen Sinn, solange die Voraussetzung gegeben war, dass aus jener strukturellen Gegensatzlichkeit der Mächtigen nicht offene Gegnerschaft wurde. Diese Voraussetzung ist heute fortgefallen. Aus einem Nebeneinander konkurrierender Systeme und rivalisierender Sieger ist das offene Gegeneinander der beiden allein auf der Erde übrig gebliebenen machtpolitischen Prinzipien geworden, verkörpert in den zwei Riesenreichen, deren Hirne Washington und Moskau sind.

Es ist eine krasse Verkennung der Gegebenheiten, wenn man auf deutscher Seite glaubt, noch in diesem Stadium den Vermittler spielen zu können. Die Antwort auf die Frage, ob es zu einem kriegerischen Zusammenprall der heutigen beiden riesigen Machtballungen kommt, ist dem deutschen Einfluss gänzlich entzogen. Man kann Hoffnungen hegen und Warnungen aussprechen, es ist erlaubt (und es empfiehlt sich), optimistisch zu sein, und niemandem ist, so wie die Dinge liegen, Pessimismus zu verargen. Aber es ist nur überheblich und deshalb töricht, zu glauben, man könnte Einfluss nehmen. Alle Versuche in dieser Richtung bleiben Gerede ohne Substanz. Wir adgen täglich den Willen zur Einheit proklamieren, wir können versuchen, eine deutsche Repräsentation zu schaffen, aber wir werden damit nicht einen Schritt weiterkommen, wenn die Spannungen zwischen denen nicht nachlassen, die die Macht in den Händen halten. Der eine Pfeiler der Brücke steht ebenso fest im Westen wie der andere im Osten. Nur der Wille der beiden Kontrahenten kann den Bogen spannen.

Dieser Zwang zur Passivität und zur Neutralität gilt aber nur für das Gebiet der grossen internationalen Auseinandersetzung, soweit sie machtpolitische Vorzeichen trägt. In einem anderen Punkte ist Aktivität, Entschlossenheit und Klarheit vonnöten, in dem nämlich der geistigen Auseinandersetzung unserer Tage. In einer "Perspektive auf London" schrieb kürzlich ein führender deutscher Politiker:  
"Eine geistige oder gar politische Scheidung in Deutschland müsste die Lösung des deutschen Problems verhängnisvoll erschweren und könnte nur als ein grosses Unglück empfunden werden. Umso mehr müssten die ver-

antwortlichen Männer in den Parteien den Versuchung widerstehen, zu den weltpolitischen Auseinandersetzungen eindeutig Stellung zu nehmen."

Das ist eine höchst illusionistische, wenn auch recht bequeme These, die ausserdem von falschen Voraussetzungen ausgeht. Denn von einer geistigen und politischen Scheidung in Deutschland sollte man einfach deswegen nicht sprechen, weil sie nicht vorhanden ist, und, nach unserem Empfinden, nicht einmal droht. Gäbe es in der Ostzone die Möglichkeit einer unbeeinflussten freien Entscheidung so wie im Westen, würde das ganz klar werden. Jedes Gespräch in der Ostzone bestätigt das, soweit es nicht in einem Büro der SED geführt wird und soweit zwischen den Gesprächspartnern ein persönliches Vertrauensverhältnis besteht. Die Umstände verbieten es aber zur Zeit Millionen von Deutschen, in dieser Hinsicht nach aussen hin eindeutig Stellung zu nehmen, aber für sich wissen sie genau, wo sie zu stehen haben.

Aber die klare innere Entscheidung zu treffen, ist heute nicht nur eine deutsche, sondern eine europäische Aufgabe, die zunehmend erkannt wird. In dem Buch "Rusland en wij" ("Russland und wir") schrieb der niederländische Sozialist J. de Kadt: "So muss gesagt werden, dass die Wahl zwischen dem russischen und dem anderen Block die einzige politische Tat ist, die in dieser Zeit Bedeutung hat. 'Kein Brückenkopf Amerika, aber Brückenbau zwischen Amerika und Russland' ist jetzt die Formel der Politiker, die nicht einmal Kopf genug haben, um zu begreifen, dass wir mit allen, was unser Leben lebenswert machen kann, auf Gedeih und Verderb an Amerika gebunden sind. Es ist zu hoffen, dass sie die Einsicht erwerben, bevor sich ihre Erziehung in den russischen Konzentrationslagern vollzieht."

Mit Nachdruck sei wiederholt, dass Deutschland, ebenso wie Holland oder irgendein anderes europäisches Land ohne Macht diese Option anders als im Sinne der geistigen Entscheidung treffen kann. Aber hier gilt es, wie gesagt, entschieden und klar zu sein. Kompromisse haben auch im politischen Alltag ihren unbestreitbaren Wert. Aber in Grundsatzfragen sind sie besonders dann lebensgefährlich, wenn derjenige, mit dem sie geschlossen werden sollen, aus Prinzip kompromissfeindlich ist. Hier Brücken bauen zu wollen, ist ein Versuch am untauglichen Objekt, ein Unternehmen, das einem Stoss ins Leere gleicht. Und wenn im Osten Deutschlands Millionen ihren äusseren Frieden mit der bitter-schweren Gegenwart gemacht haben, so sagt das nichts aus über ihre innere Einstellung und gegen ihre unausgesprochene Sehnsucht nach Freiheit und persönlicher Sicherheit.

(Von unserem Pariser Vertreter Alfred Frisch)

Die französischen Kommunisten befinden sich augenblicklich in einem Zustand gereizter Nervosität. Obwohl sie kühn behaupten, sie hätten die Gemeindewahlen siegreich bestanden, so sind sie sich ihrer Niederlage doch bewusst und befürchten ganz besonders eine fortschreitende Entfremdung der Arbeiterklasse. Ihre plötzliche Isolierung und die Gogner-schaft aller anderen Parteien lastet ebenfalls schwer auf ihnen. Ihr suchen sie mit verstärkter, oft zügelloser Politik und Propaganda zu be-gegenen.

Dabei wissen die verantwortlichen Kommunisten nicht, wie weit ihnen die Massen auf dem Wege nach Belgrad und nach Moskau folgen werden. Der letzte stundenlange Bericht von Maurice Thorez vor dem Zentralkomitee der kommunistischen Partei Frankreichs war die Verdammung der bisherigen, seit 1934 eingeschlagenen politischen Ausrichtung der Partei und die Verkündung der Rückkehr zu den alten kompromisslosen Kampfmethoden gegen alles, was nicht kommunistisch sein will. Die Kommunisten erfahren heute, dass es ein Irrtum war, in der Volksfront, in der Widerstandsbewegung, in den Regie-rungen der ersten Nachkriegsjahre mit den anderen Parteien und Gruppen zu-sammenzuarbeiten. Die richtige Taktik wäre die Organisation der Bewegun-gen von unten gewesen, mit den Massen und ohne die Führer der anderen Par-teien, wie es in den osteuropäischen Staaten an der Tagesordnung ist. Die Kommunisten haben übrigens immer versucht, die Massen in scheinbar farb-losen Verbänden zur Verteidigung der Freiheit, der Demokratie und anderer Ziele zusammenzufassen, um sie dann langsam, aber sicher in ihr Fahrwasser hindüberzuziehen. Es ist ihnen bisher nicht gelungen und wird ihnen in Zu-kunft umso schwerer möglich sein, als sie jetzt selbst in aller Klarheit ihre Pläne bekanntgegeben haben.

Die französischen Kommunisten - und mit ihnen die Kommunisten aller Länder - sind jetzt entschlossen, offen und ausschliesslich für die sow-jetrussische Politik einzutreten. Ihr Hauptfeind ist wieder einmal der de-mokratische Sozialismus, weil er allein in der Lage ist, ihnen ihre poli-tische Grundlage, dh. die Arbeitermassen, zu entziehen. Nachdem die kom-munistische "Humanité" noch zwischen dem 20. und 25. Oktober, das heisst, den beiden Wahlgängen der Gemeindewahlen, für eine Einheitsfront von Kom-munisten und Sozialisten zur Verteidigung der Republik eingetreten ist, sind heute die Sozialisten Verräter und Reaktionäre. Es ist unglaublich, wieviele Verräter es nach kommunistischer Ansicht in der Welt gibt. Nicht nur de Gasperi in Italien, Maniu in Rumänien, Mikolajczyk in Polen und viele andere "verraten ihr Land", auch jeder kleine Sozialist, der gegen einen Kommunisten in irgendeiner Gemeinde Frankreichs zum Bürger-meister gewählt wird, ist ein "Verräter", ohne dass der arme Leser darü-ber aufgeklärt wird, wen dieser Sozialist eigentlich verraten hat. Und neuerdings sind alle verantwortlichen Sozialisten Reaktionäre. Die Frage ist nur, wie weit sich die Massen von dieser kommunistischen Hysterie be-influssen lassen werden. Man darf hoffen, dass die Arbeiter Frankreichs wie diejenigen vieler anderer Länder, dieser ungezügelten Parteiliden-schaft ihren gesunden Menschenverstand entgegensetzen werden.



der Französischen Militärregierung sich nicht mit den bizonalen Gewerkschaften zusammenschliessen und sich auch nicht an den Verhandlungen beteiligen darf.

Der heutige Stand der Organisation der Angestelltenbewegung zeigt, dass unter Führung des 1. Vorsitzenden der DAG, Wilhelm Dörr, an die bewährten Traditionen gewerkschaftlicher Arbeit vor 1933 bewusst angeknüpft wird. Die Gründung der bizonalen überparteilichen Angestellteneinheitsgewerkschaft würde eine sinngemässe Fortentwicklung dieser Erfahrungen bedeuten, sie würde die damalige parteipolitische Aufteilung der Angestelltenorganisationen beseitigen und ihre sozialpolitische Schlagkraft damit wesentlich erhöhen. (b/B50a/1011/1/he)

Herr Emil Ludwig

Von Friedrich Stampfer - New York

Dass Herr Emil Ludwig den Mut findet, nun wieder in deutschen Zeitungen für seine Person und seine Schriften Reklame zu machen, wundert mich nicht. Die Aufnahme seiner Text-Inserate kann ich mir aber nur daraus erklären, dass das deutsche Volk in den letzten Jahren in völliger Abschneidung von der Welt gelebt hat und von den Treiben des Herrn Ludwig nichts erfahren hat. Diese Unkenntnis macht er sich nun zunutze. Er will den Anschein erwecken, als hätte er während der Hitlerzeit nur gegen die Nazis, nicht aber gegen das deutsche Volk gearbeitet. Das Gegenteil ist richtig.

Genau so wie Herr Ludwig im ersten Weltkrieg als deutscher Kriegsberichterstatter den "Fritzengeist" des deutschen Offizierkorps besungen, hat er im zweiten den Wind der antideutschen Kriegshysterie geschickt in seine journalistische Segel gefangen.

Wenn in der Welt der Eindruck entstand, als wäre Deutschland immer in Grunde nazistisch gewesen und als ob es geschlossen hinter Hitler stünde, so hat Herr Emil Ludwig zu dieser Irreführung der öffentlichen Meinung nicht wenig beigetragen. Missgriffe in der Behandlung des deutschen Volkes in der ersten Zeit nach dem Zusammenbruch der Naziherrschaft sind zu nicht geringem Teil auf seinen Rat und Einfluss zurückzuführen. Die deutsche Emigration, ohne Unterschied der Partei, hat seinen Namen nie anders genannt als in enger Verbindung mit Vansittart und Morgenthau. Diese beiden Herren haben freilich nicht den Geschmack, ihre Artikel der deutschen Presse zum Abdruck und ihre Bücher dem deutschen Publikum zum Kauf anzubieten. Herr Ludwig hat ihn.

Emil Ludwigs Kost mag geniessen, wer an ihr Geschmack findet. Aber wenn man in Deutschland den Namen Emil Ludwig liest, soll man wissen, mit wem man es zu tun hat. (b/A80a/1011/he)

Mitteilung an die Redaktionen

Der Sozialdemokratische Pressedienst erscheint mit seinem politischen Teil ab sofort dreimal in der Woche, und zwar am Montag, Mittwoch und Freitag. Das Feuilleton wird am Dienstag statt bisher am Mittwoch herauskommen. Der Ausgabebetrag für die "Volkswirtschaft" bleibt unverändert Donnerstag.

Redaktion Sozialdemokratischer Pressedienst

Von unserem Stockholmer K.R.-Korrespondenten

"Wir sehen in der deutschen Sozialdemokratie die einzige Kraft, die eine demokratische Zukunft für das deutsche Volk garantieren kann und damit auch Deutschlands Stellung in Europa als zuverlässigen Friedensfaktor. Diese Auffassung haben wir schwedische Sozialdemokraten immer gehabt. Deshalb sind wir auch immer für die deutschen Sozialdemokraten eingetreten... Wir bewundern ihren tapferen Kampf mit den ungeheuren Schwierigkeiten der gegenwärtigen Lage und erwarten mit Ungeduld eine Änderung und Besserung der Zustände in Deutschland. Wir wünschen auch eine baldige Wiederaufnahme der Handelsverbindungen mit Deutschland, denn es unterliegt keinem Zweifel, dass ein Teil unserer gegenwärtigen Schwierigkeiten mit dem Wegfall des deutschen Marktes und der fehlenden Einfuhr aus Deutschland nach dem Kriege zusammenhängt, die eine Umstellung des schwedischen Wirtschaftslebens bedeutet." Diese Erklärung gab Svend Andersson, der junge, energische Parteisekretär der schwedischen Sozialdemokratie dem Stockholmer Korrespondenten des "Sozialdemokratischen Pressedienstes" gegenüber ab. Dr. Schumacher, Erich Ollenhauer und Franz Neumann werden sich am 17. November, im unmittelbaren Anschluss an die Bremer Tagung des Parteivorstandes und des Parteausschusses auf dem Flugwege über Hamburg nach Schweden begeben.

\* Vor der Internationalen Sozialisten-Konferenz in Antwerpen

Der Internationalen Sozialistenkonferenz in Antwerpen, die am 28. November beginnt, kommt diesmal besondere Bedeutung zu. Sie wird einmal über die Aufnahme der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu entscheiden haben, die selbst zur Konferenz nicht eingeladen wurde. Es wird jedoch über den Bericht der Kontakt-Kommission beraten werden, die in Zürich beschlossen wurde und deren Aufgabe es war, die Verbindung mit der deutschen Sozialdemokratie aufrecht zu erhalten und bis zur Herbsttagung zu prüfen, ob der Zeitpunkt für eine Aufnahme Deutschlands in die Sozialistische Internationale gekommen sei.

Das zweite Hauptthema wird wohl die durch die Gründung der "Kominform" geschaffene Lage bilden, die den internationalen Sozialismus zu einer klaren Haltung zwingt. Vom Sozialistischen Informations- und Verbindungsbüro in London wurden, wie der "Manchester Guardian" meldet, zur Entsendung von Delegierten zur Antwerpener Konferenz ausser den britischen, australischen, neuseeländischen, südafrikanischen, holländischen und norwegischen Arbeiterparteien die sozialdemokratischen Parteien Österreichs, Belgiens, Frankreichs, Griechenlands, Italiens (Nenni) und Polens, sowie die Sozialdemokraten der Tschechoslowakei, Dänemarks, Finnlands, Ungarns, Luxemburgs, Schwedens und der Schweiz, ferner das Palestine Labour Political Committee (Palestine Zion), die Cooperative Commonwealth Federation of Canada und jene südamerikanischen Parteien eingeladen, die dem Kongress in Santiago beigewohnt haben.

Die rumänische Sozialdemokratische Partei wurde eingeladen, einen Vertreter zu entsenden, aber es ist fraglich, ob sie ihr Folge leisten wird, da zwischen ihr und den rumänischen Kommunisten Fusionsverhandlungen schweben, durch die die rumänischen Sozialdemokraten praktisch ihre Unabhängigkeit verlieren würden. An Bulgarien erging keine Einladung, doch wird auf der Konferenz ein Bericht über die Situation in Bulgarien erstattet werden, auf Grund dessen beraten wird, ob eine bulgarische sozialistische Partei als Mitglied gewählt werden kann. (m/B65/1011/1/ho)